

# Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis .....	XI
Verzeichnis der Abkürzungen .....	XXXI
<i>Teil 1: Einführung und Fragestellung</i> .....	1
§ 1 Sicherheit und Risiko .....	1
§ 2 Sicherheit, Staat und Gesellschaft .....	2
§ 3 Eigener Untersuchungsansatz .....	11
<i>Teil 2: Die Gewährleistung von Sicherheit – einzelne Regelungsbereiche</i> .....	13
1. <i>Kapitel: Innere Sicherheit – Ursprung und Leitbild des Schutzstaates</i> .....	14
§ 4 Innere Sicherheit – Grenzen des Schutzstaates und das Potential der Gesellschaft .....	15
§ 5 Technische Sicherheit und innere Sicherheit .....	18
§ 6 Zusammenfassung .....	25
2. <i>Kapitel: Unfallversicherung und Arbeitsschutz: Kompensation und Schutz</i> .....	27
§ 7 Arbeitsschutz und Sozialversicherung: Entwicklungen und heutige Struktur .....	28
§ 8 Maschinenschutz und Gefahrstoffe .....	43
§ 9 Zusammenfassung .....	63
3. <i>Kapitel: Die Sicherheit von Anlagen und Technologien</i> .....	65
§ 10 Das Anlagenrecht des Bundes-Immissionsschutzgesetzes als Modell .....	65
§ 11 Die Sicherheit der Kernenergienutzung .....	146
§ 12 Gentechnik und Gentechnikgesetz .....	183
§ 13 Das Anlagen- und Technologierecht – Zusammenfassung .....	212
4. <i>Kapitel: Die Sicherheit von Produkten</i> .....	213
§ 14 Allgemeine Regelung der Produktsicherheit durch Privatrecht und staatliche Vorgaben .....	213
§ 15 Sektorspezifische Regelungen .....	228
§ 16 Zusammenfassung .....	261
§ 17 Die Gewährleistung von Sicherheit durch Staat und Gesellschaft im Überblick .....	262

<i>Teil 3: Sicherheit als Aufgabe von Staat und Gesellschaft</i> .....	265
<i>1. Kapitel: Funktionen der Sicherheitsgewährleistung als Risikomanagement</i> .....	266
§ 18 Der Ausgangspunkt: Schutzanforderungen statt Schadensverbot .....	266
§ 19 Risikoerkenntnis und Wissensproduktion .....	270
§ 20 Information und Kommunikation .....	284
§ 21 Sicherheit und technische Entwicklung .....	295
§ 22 Sicherheit durch Wiedergutmachung und Entschädigung .....	301
§ 23 Zusammenfassung .....	318
<i>2. Kapitel: Prinzipien und Grundsätze</i> .....	319
§ 24 Das Prinzip der Vorsorge .....	319
§ 25 Rationalität .....	328
§ 26 Verantwortung .....	344
§ 27 Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstregulierung .....	356
§ 28 Der Grundsatz der Zeitlichkeit .....	364
<i>3. Kapitel: Gewährleistung von Sicherheit durch Ordnung</i> .....	373
§ 29 Ordnung als Ordnung von Interessen .....	373
§ 30 Regelung und Interessensausgleich .....	386
§ 31 Durchsetzung und Überprüfung .....	400
<i>4. Kapitel: Das Zusammenwirken von Staat und Gesellschaft:     Bestandsaufnahme und Probleme</i> .....	408
§ 32 Gewährleistung von Sicherheit durch einen mehrfach gestuften und geteilten Ordnungszusammenhang zwischen Staat und Gesellschaft .....	408
§ 33 Chancen und Gefahren einer Differenzierung und Teilung .....	412
§ 34 Legitimationsfragen des Zusammenwirkens zwischen Staat und Gesellschaft .....	419
§ 35 Verteilung von Lasten und Kosten .....	427
§ 36 Zusammenfassung .....	430
<i>5. Kapitel: Der Beitrag des Parlaments zur Gewährleistung von Sicherheit</i> .....	431
§ 37 Verantwortung und Aufgaben des Parlaments bei der Gewährleistung von Sicherheit .....	431
§ 38 Funktionen und Arbeitsformen des Parlaments .....	437
§ 39 Instrumente der Gesetzgebung unter Unsicherheit .....	455
§ 40 Zusammenfassung .....	459
Zusammenfassung in Thesen .....	461
Literaturverzeichnis .....	477

# Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Abkürzungen .....	XXXI
<i>Teil 1: Einführung und Fragestellung</i> .....	1
§1 Sicherheit und Risiko .....	1
§2 Sicherheit, Staat und Gesellschaft .....	2
I. Das Grundrecht auf Sicherheit und der Schutzstaat .....	3
II. Sicherheit als Schutz und Freiheit im Verfassungsstaat .....	5
III. Das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft in heutiger Sicht .....	8
IV. Die Gewährleistung von Sicherheit im Umgang mit Risiken für Gesundheit und Umwelt zwischen Staat und Gesell- schaft .....	10
§3 Eigener Untersuchungsansatz .....	11
<i>Teil 2: Die Gewährleistung von Sicherheit – einzelne Regelungs- bereiche</i> .....	13
<i>1. Kapitel: Innere Sicherheit – Ursprung und Leitbild des Schutzstaates</i> ..	14
§4 Innere Sicherheit – Grenzen des Schutzstaates und das Potential der Gesellschaft .....	15
I. Sicherheit durch Strafe und Strafverfolgung? .....	15
II. Sicherheit durch allgemeine polizeiliche Gefahrenabwehr ....	16
III. Private Gefahrenabwehr: Zulässigkeit, Pflicht und staatliche Entlastung .....	17
IV. Innere Sicherheit und die staatliche Rechts- und Friedensord- nung: eine andere Sicht auf Staat und Gesellschaft .....	18
§5 Technische Sicherheit und innere Sicherheit .....	18
I. „Technische“ Sicherheit durch Instrumente der inneren Sicherheit? .....	19
A. Maßnahmen zur Beseitigung von Altlasten nach dem all- gemeinen Polizei- und Ordnungsrecht .....	19

	B. Technische Sicherheit durch Strafverfolgung? .....	22
II.	Technik und Gewalt als Problem der inneren Sicherheit .....	23
	A. Gesellschaftliche Konflikte als Teil des Verfassungslebens .....	24
	B. Konfliktfestigkeit von Freiheit und Eigentum .....	24
	C. Der Sicherungsbedarf von Techniken .....	25
	§ 6 Zusammenfassung .....	25
2. Kapitel:	Unfallversicherung und Arbeitsschutz: Kompensation und Schutz .....	27
§ 7	Arbeitsschutz und Sozialversicherung: Entwicklungen und heutige Struktur .....	28
I.	Die Entwicklung von Sozialversicherung und Arbeitsschutz als Antwort auf Industrialisierung und Soziale Frage .....	28
	A. Die beschränkte Wirksamkeit des Haftungsrechts zur Gewährleistung des Arbeitsschutzes .....	29
	B. Gewerbeaufsicht und ihre begrenzte Wirksamkeit .....	30
	C. Private und betriebliche Überwachung und Versicherung .....	31
	D. Das Unfallversicherungsgesetz von 1884 .....	31
II.	Funktionselemente von Arbeitsschutz und Sozialversicherung .....	35
	A. Technische Sicherheit durch Standardsetzung und Überwachung in einem dualen System .....	35
	B. Auftrag und Tätigkeit der gesetzlichen Unfallversicherung .....	37
	C. Der Sonderfall der Berufskrankheiten .....	37
	D. Erweiterter Gesundheitsbegriff .....	39
	E. Zusammenarbeit mit den Krankenkassen .....	39
	F. Institutionelle Aspekte des Arbeitsschutzes .....	40
	1. Die Selbstverwaltung der Unfallversicherung .....	40
	2. Die individuelle und kollektive Teilhabe der Arbeitnehmer am Arbeitsschutz („Arbeitsschutzorganisationsrecht“) .....	41
§ 8	Maschinenschutz und Gefahrstoffe .....	43
I.	Maschinen- und Geräteschutz – vom betrieblichen Ansatz zum Produktrecht .....	43
	A. Arbeitsschutz und Verbraucherschutz .....	44
	B. Maschinensicherheit – Definition der materiellen Anforderungen .....	46
	1. Der deutsche Standard: Allgemein anerkannte Regeln der Technik und das Verhältnis zu Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften .....	46

a.	Der Standard der allgemein anerkannten Regeln der Technik – Verweis auf gesellschaftlich entwickelte Problemlösungen .....	46
b.	Konkretisierung durch technische Normen – weitergehende Anforderungen? .....	47
c.	Das Verhältnis zu Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften .....	48
2.	Der gemeinschaftsrechtliche Ansatz: Sicherheits- und Gesundheitsanforderungen .....	49
3.	Bestimmungsgemäßer Gebrauch und Fehlgebrauch: Arbeitsschutz und Warenverkehrsfreiheit .....	51
C.	Maßnahmen für die Maschinensicherheit .....	52
D.	Zusammenfassung .....	53
II.	Arbeitsschutz und Gefahrstoffe .....	53
A.	Verpflichtungen des Arbeitgebers .....	54
B.	Rechte der Arbeitnehmer .....	56
C.	Standards des Gefahrstoffrechts .....	57
1.	Standardsetzung: Ausschuss für Gefahrstoffe und DFG-Kommission .....	59
a.	Die Rolle der DFG .....	59
b.	Das Zusammenspiel der beiden Institutionen .....	59
2.	Die Standardsetzung in der Praxis .....	60
§ 9	Zusammenfassung .....	63
3. Kapitel:	Die Sicherheit von Anlagen und Technologien .....	65
§ 10	Das Anlagenrecht des Bundes-Immissionsschutzgesetzes als Modell .....	65
I.	Ursprünge des Anlagenzulassungsverfahrens .....	65
A.	Gewerbefreiheit und Industrialisierung .....	66
B.	Polizei- und privatrechtliche Maßnahmen und Ansprüche .....	66
C.	Die Einführung einer vorwirkenden Anlagenzulassung .....	67
D.	Formen privater Überwachung .....	67
II.	Schutzzwecke und Grundpflichten .....	68
A.	Die Schutz- bzw. Abwehrlpflicht .....	69
B.	Die Vorsorgepflicht nach § 5 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG .....	71
C.	Die Bedeutung der Grundpflichten nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz .....	73
III.	Das Genehmigungssystem als Verfahren der Eröffnungskontrolle .....	74
A.	Antragstellung und Sachverhaltsermittlung .....	74
B.	Erweiterung durch die Umweltverträglichkeitsprüfung .....	75
C.	Öffentlichkeitsbeteiligung und Einwendungen .....	76
D.	Einwendungen und Erörterungstermin .....	78

E.	Entscheidung der Behörde und Erlass des Genehmigungsbescheides .....	79
IV.	Das Genehmigungsverhältnis: Überwachung und nachträgliche Anordnung .....	79
A.	Das Überwachungsverhältnis .....	79
B.	Die nachträgliche Anordnung nach § 17 des BImSchG ...	80
1.	Vollzug dynamischer Betreiberpflichten .....	80
2.	Gründe für die Aktivierung der Betreiberpflicht .....	82
3.	Verhältnismäßigkeitsmaßstäbe der nachträglichen Anordnung .....	83
4.	Absehen von Anordnungen bei weitergehender Selbstverpflichtung, § 17 Abs. 3 a BImSchG .....	85
V.	Steuerung durch Standardisierung .....	85
A.	Formen, Institutionen und Verfahren der Steuerung durch Standards .....	87
1.	Standards nicht-staatlicher Organisationen .....	87
2.	Die direkte untergesetzliche Regelung durch Verordnungen nach § 7 BImSchG .....	87
a.	Die Verordnung über Großfeuerungsanlagen, 13. BImSchV .....	88
a.	Weitere Beispiele für Verordnungen nach § 7 BImSchG ...	92
3.	Weitere Verordnungsermächtigungen .....	92
4.	Untergesetzliche Konkretisierung durch Verwaltungsvorschriften und ihre europarechtlichen Grenzen .....	92
a.	Verwaltungsvorschriften als antizipierte Sachverständigen-gutachten .....	95
b.	Normkonkretisierende Verwaltungsvorschriften .....	96
c.	Umsetzung europäischer Vorgaben .....	96
B.	Steuerung als Aufgabe der Regierung und die Anhörung beteiligter Kreise .....	97
VI.	Immissionsschutz und Anlagensicherheit auf der betrieblichen Ebene .....	98
A.	Der Immissionsschutz- bzw. Störfallbeauftragte .....	98
1.	Bestellung und Status des Immissionsschutzbeauftragten ...	99
2.	Die Aufgaben des Immissionsschutzbeauftragten .....	101
3.	Die Kontroll- und Überwachungsfunktion .....	102
a.	Aufklärungs- und Berichtspflichten .....	104
b.	Die Hinwirkungs- und Initiativfunktion .....	104
4.	Der Immissionsschutzbeauftragte und das Vollzugsdefizit ...	105
5.	Änderungsvorschläge .....	106
B.	Mitteilungspflichten zur Betriebsorganisation .....	107
C.	Das freiwillige Umweltaudit .....	108
1.	Das materielle Programm der Öko-Audit-Verordnung .....	110
2.	Die substantiellen Prinzip: kontinuierliche Verbesserung der Umweltleistung von Organisationen .....	111

3. Vorgaben für Organisation, Management und Kommunikation .....	112
4. Standards und Normen für Umweltmanagementsysteme .....	113
5. Kontrolle und Überwachung .....	115
a. Gutachterzulassung .....	115
b. Standards für die Kontrolle der Kontrolleure .....	116
c. Prüfungsmaßstäbe und Prüfungstiefe .....	117
i. Systemprüfung und reale Kontrolle .....	117
ii. Einhaltung des Ordnungsrechts als Prüfungsgegenstand? .....	118
6. Umwelt-Audit und staatliche Überwachung .....	119
a. Interventionsrechte der staatlichen Kontrolle .....	119
b. Öko-Audit und Privilegierung .....	120
7. Zusammenfassung .....	122
VII. Das Verhältnis zwischen Betreiber, Nachbarn und der Allgemeinheit .....	123
A. Abwehrensprüche .....	123
B. Beteiligungsansprüche .....	125
1. Begründung und Funktion von Verfahrensrechten .....	126
2. Bedeutung für die Ausgestaltung des Verfahrens .....	127
3. Die Herleitung von Verfahrensrechten aus dem Gesichtspunkt einer demokratischen Teilhabe .....	128
4. Kooperationsprinzip .....	130
C. Besondere Rechte auf Information .....	131
1. Das Umweltinformationsgesetz .....	131
2. Die Aarhus-Konvention .....	133
3. Risikokommunikation .....	135
a. Störfallträchtige Anlagen .....	135
b. Abfallverbrennungsanlagen .....	136
VIII. Entschädigung .....	137
A. Ansprüche nach dem BImSchG und dem BGB .....	137
B. Das Umwelthaftungsgesetz .....	138
IX. Anlagenrecht, neue Technologien und Unsicherheiten .....	139
A. Genehmigungsfähigkeit und Genehmigung von gentechnischen Anlagen nach dem Immissionsschutzrecht .....	139
B. Der Elektrosmog – Regulierung neuartiger Immissionen .....	141
1. Normung und administrative Kontrolle .....	143
2. Öffentliche Diskussion und Standardsetzung .....	144
X. Zusammenfassung .....	145
§ 11 Die Sicherheit der Kernenergienutzung .....	146
I. Staatliche Ermöglichung und Förderung einer riskanten Großtechnologie: Das Atomrecht im Überblick .....	146
A. Förderzweck und Schutzzweck .....	146
B. Genehmigung und Überwachung .....	148

1. Atomrechtliche Aufsicht und Aufsichtsmaßnahmen .....	148
2. Bestandsschutz, nachträgliche Anordnungen und Widerruf ..	149
3. Ausstiegsorientierter Vollzug und periodische Sicherheits- überprüfung .....	150
C. Haftung .....	151
II. Grundlagen des Sicherheitskonzepts des Atomgesetzes .....	152
A. Die Vorgaben des Atomgesetzes: Gefahrenabwehr als Ausgangspunkt und die Entfaltung eines differenzierten Maßstabes .....	152
1. Die Trias Gefahr, Risiko und Restrisiko in der Literatur .....	152
2. Die Kalkar-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts und das Kriterium der praktischen Vernunft .....	154
B. Die Konkretisierung des atomrechtlichen Sicherheitskon- zepts – Formen und Verfahren .....	156
1. Formen der untergesetzlichen Konkretisierung .....	157
2. Institutionalisierte Beratung der Regierung durch gesell- schaftlichen Sachverständigen .....	159
C. Das Sicherheitskonzept nach seinem Inhalt .....	161
1. Der Grundsatz des Strahlenschutzes: Das Strahlenminimie- rungsgebot der Strahlenschutzverordnung .....	161
2. Die Regelungen der StrSchVO für den Normalbetrieb .....	162
a. Orientierung an der natürlichen Strahlung und ihrer Schwankungsbreite: das 0,3 mSv-Konzept als Rechtferti- gung der Strahlenexposition .....	163
3. Die Regeln zur Störfallvorsorge .....	164
a. Störfallplanungsdosen: Grenzwerte für Störfälle .....	164
b. Der Auslegungsstörfall: Selektion von technischen Ursa- chenzusammenhängen .....	164
c. Deterministische und probabilistische Methoden und Risi- kovergleiche .....	165
4. Der probabilistische Ansatz und die Problematik katastro- phaler Schäden .....	167
a. Die Erfassung der Schädigung einer Vielzahl von Personen als Problem einer auf die Einzelperson bezogenen Sicht ...	168
b. Gefährdung der Staatsgesamtheit .....	168
c. Ökonomische Argumente: Risikostreueung als betriebs- wirtschaftliches, gesellschaftliches Kalkül .....	169
d. Rechtliche Entsprechung des Aspekts der Risikostreu- ung? .....	170
e. Berücksichtigung aller Kosten .....	170
III. Der Ausstieg aus der energiewirtschaftlichen Kernenergienut- zung im Konsens .....	171
A. Ziele und Verfahren des Ausstieges .....	171
B. Einzelheiten der Ausstiegsregelung .....	172
1. Ersetzung des Förderzweckes durch den Zweck der geordne- ten Beendigung .....	172

2. Verbot von Neugenehmigungen .....	173
a. Pflicht zur Ermöglichung weiterer Kernenergienutzung aus verfassungsrechtlichen Kompetenznormen und Staats- aufträgen .....	173
b. Grundrechtliche Gebote der weiteren Zulassung der ener- giewirtschaftlichen Kernenergienutzung: individualbezo- gene Grenzen eines staatlichen Konzeptwechsels? .....	174
3. Geordnete Beendigung des Betriebs der bestehenden geneh- migten Anlagen – nachträgliche Befristung .....	178
a. Aspekte der Berufsfreiheit .....	178
b. Grenzen der Eigentumsgarantie .....	179
IV. Zusammenfassung .....	182
§ 12 Gentechnik und Gentechnikgesetz .....	183
I. Entwicklung und Zwecke des Gentechnikrechts .....	183
II. Regelungsansatz und Grundpflichten .....	185
A. Pflicht zur Risikobewertung .....	186
B. Pflicht zu Gefahrenschutz und -vorbeugung nach dem Stand von Wissenschaft und Technik .....	188
1. Konkretisierung der Grundpflicht: Sicherheitsstufen für Gen- technische Arbeiten in gentechnischen Anlagen .....	189
a. Bedeutung der Sicherheitsstufen .....	189
b. Zulässigkeit der ersten Sicherheitsstufe .....	190
2. Konkretisierung der Grundpflicht: Freisetzungen und das In- verkehrbringen .....	192
a. Bestmögliche Gefahrenabwehr und Risikovorsorge .....	193
b. Unvertretbare schädliche Einwirkungen .....	193
c. Unvertretbarkeit und Zweckbezug .....	193
C. Aufzeichnungen und Betriebsorganisation als Grund- pflichten .....	196
III. Staatliche Kontrolle und Steuerung .....	196
A. Gentechnisches Arbeiten in gentechnischen Anlagen .....	197
1. Genehmigungsverfahren .....	197
2. Anmeldeverfahren .....	198
B. Freisetzung und Inverkehrbringen – Stufen der Europäi- sierung .....	200
C. Die Zentrale Kommission für die biologische Sicherheit ..	202
1. Struktur .....	202
2. Beratungsfunktion .....	203
3. Einbindung in das administrative Einzelverfahren .....	204
4. Information der Öffentlichkeit .....	204
D. Die Information und Beteiligung der Öffentlichkeit nach dem Gentechnikgesetz und nach europäischem Recht ....	205
IV. Genehmigung, Überwachung und Bestandsschutz .....	206
A. Reichweite der Genehmigung und weitere gentechnische Arbeiten .....	206

	B. Überwachung .....	207
	C. Bestandsschutz und Befristung .....	207
V.	Haftung .....	208
VI.	Zusammenfassung .....	211
§ 13	Das Anlagen- und Technologierecht – Zusammenfassung .....	212
4. Kapitel:	Die Sicherheit von Produkten .....	213
§ 14	Allgemeine Regelung der Produktsicherheit durch Privatrecht und staatliche Vorgaben .....	213
I.	Privatrechtliche Haftung als grundlegendes Element der Gewährleistung von Produktsicherheit .....	213
	A. Das Produkthaftungsgesetz .....	214
	B. Die EG-Richtlinie 1999/34/EG: Einbeziehung unverarbeiteter landwirtschaftlicher Produkte .....	217
	C. Steuerungsleistung von Haftungsregelungen und präventiven Ansprüchen .....	217
II.	Die öffentliche Regelung der Produktsicherheit .....	218
	A. Harmonisierung von Produktanforderungen im Binnenmarkt .....	218
	1. Die neue Konzeption .....	219
	2. Die Struktur der europäischen Normung vor neuen Herausforderungen .....	220
	a. Die Gestaltung der Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft .....	220
	b. Sicherstellung des Vorrangs der europäischen Normung: Die Informationsrichtlinie .....	221
	B. Das CE-Zeichen: Zertifizierung als Gewährleistungselement der Produktsicherheit .....	221
	1. Elemente der Selbstkontrolle .....	222
	2. Konformitätsbewertung durch den Hersteller oder die sogenannten „benannten Stellen“ .....	223
	3. Akkreditierung der benannten Stellen .....	223
	C. Rückzug der Mitgliedstaaten auf die Nachmarktkontrolle in einer europäischen Verwaltungskooperation .....	223
	D. Produktsicherheit als „horizontales“ Konzept .....	224
	1. Das Produktsicherheitsgesetz .....	224
	2. Das „sichere Produkt“ als materieller Maßstab .....	225
	a. Schutzgüter .....	225
	b. Gefahrenbegriff .....	225
	c. Zu erwartende Verwendung des Produkts .....	226
	3. Die Instrumente der Produktsicherheit: behördliche Warnungen und der Rückruf .....	226
III.	Zusammenfassung .....	227

§ 15	Sektorspezifische Regelungen .....	228
I.	Schutz vor Täuschung und Schaden: Der Ansatz der Produktsicherheit im Lebensmittelrecht .....	228
A.	Schutz vor gesundheitsschädlichen Lebensmitteln .....	229
B.	Das System der Täuschungsvorsorge im LMBG .....	230
C.	Umsetzung und Durchsetzung .....	231
D.	Die Fortentwicklung des Lebensmittelrechts im Sinne eines Risikomanagements .....	232
1.	Die VO 178/2002 – Risikoanalyse und Vorsorgeprinzip .....	232
2.	Institutionalisierung von Risikobewertung und -management auf europäischer und deutscher Ebene .....	233
a.	Die europäische Behörde für Lebensmittelrecht .....	233
b.	Das Bundesinstitut für Risikobewertung .....	234
c.	Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit .....	234
3.	Die Verantwortlichkeit von Lebensmittel- und Futtermittelunternehmern .....	235
4.	Information und Beteiligung von Verbrauchern und der Öffentlichkeit .....	236
a.	Die europäische Verordnung 178/2002 .....	236
b.	Der deutsche Entwurf eines Verbraucherinformationsgesetzes .....	236
II.	Die europäischen Regelungen zur Sicherheit neuartiger Lebensmittel und Lebensmittelzutaten .....	237
A.	Die Novel-Food-Verordnung .....	238
1.	Zwecke und Anforderungen .....	238
2.	Anzeigeverfahren .....	240
3.	Zulassungsverfahren .....	240
4.	Kennzeichnung .....	241
B.	Der Vorschlag für eine europäische Verordnung über genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel .....	243
1.	Zulassung .....	245
2.	Kennzeichnung .....	246
C.	Vorschlag für eine Verordnung über die Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung .....	246
III.	Sicherheit von Chemikalien .....	247
IV.	Arzneimittelsicherheit .....	249
A.	Die Unbedenklichkeit und das System der Arzneimittelkontrolle .....	251
1.	Der Maßstab .....	251
2.	Durchsetzung durch Zulassung und Nachmarktkontrolle .....	252
3.	Haftung .....	253
4.	Regeln für Forschung und Erprobung .....	253
B.	Der Gebrauch innovativer Medikamente vor Zulassung .....	253

V.	Produktbezogene Regelungen des internationalen Wirtschafts- und Umweltrechts .....	255
§ 16	Zusammenfassung .....	261
§ 17	Die Gewährleistung von Sicherheit durch Staat und Gesellschaft im Überblick .....	262
<i>Teil 3:</i>	<i>Sicherheit als Aufgabe von Staat und Gesellschaft .....</i>	<i>265</i>
<i>1. Kapitel:</i>	<i>Funktionen der Sicherheitsgewährleistung als Risikomanagement .....</i>	<i>266</i>
§ 18	Der Ausgangspunkt: Schutzanforderungen statt Schadensverbot ....	266
I.	Keine Gewissheit in Wissenschaft und Technik .....	267
II.	Schadensrisiko als Preis der Zweckerreichung und seine Regelung .....	269
III.	Regelung und Kontrolle als Kernfunktionen .....	269
§ 19	Risikoerkenntnis und Wissensproduktion .....	270
I.	Das Gebot der Wissenschaftlichkeit und seine methodischen und prozeduralen Folgen .....	271
A.	Abschichtung gegenüber der Technik und Erfahrungsregeln .....	272
B.	Von der Bewältigung zur organisatorischen Einbindung des wissenschaftlichen Streits .....	272
C.	Eingrenzungen und Vorfragen .....	272
D.	Ebenenspezifische Strukturierung des Wissenschaftlichkeitsgebotes .....	273
1.	Prozedurale Regelung der Risikoerkenntnis in Einzelverfahren .....	273
2.	Institutioneller und personaler Ansatz in der Standardsetzung .....	273
a.	Institutionelle Anleitung der Risikoerkenntnis in der privaten Standardsetzung: Die Koordinierungsstelle Umweltschutz beim DIN .....	274
b.	Die staatliche Standardsetzung .....	274
c.	Umweltverträglichkeitsprüfung in der Standardsetzung? ..	274
d.	Die Richtlinie 2001/42/EG über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme .....	275
II.	Die Zuordnung von Erkenntnisleistungen zwischen Staat und Gesellschaft .....	277
A.	Inanspruchnahme gesellschaftlichen Risikowissens auf der Standardisierungsebene .....	278
B.	Risikoerkenntnis als Verursacherpflicht auf der Einzelfallebene .....	278

	C. Der Stand der Wissenschaft als Grenze der Risikoerkenntnis .....	280
III.	Wissensproduktion und Forschungsbedarf .....	280
	A. Risikoerkenntnis als Lernprozess und seine Vernetzung .....	281
	B. Bedarf zusätzlicher Forschung .....	282
IV.	Zusammenfassung .....	283
§20	Information und Kommunikation .....	284
I.	Die Informationsdimension der staatlichen Risikokontrolle ..	285
	A. Information der Verwaltung durch pflichtige Betreiberangaben und deren Verifikation .....	285
	B. Nachbarn und Öffentlichkeit: Verfahrenskommunikation in der verwaltenden Risikokontrolle .....	286
	1. Verfahrensinformation .....	286
	2. Information über den Verfahrensgegenstand .....	287
	C. Information als Handlungsform und Instrument der verwaltenden Risikokontrolle .....	287
	1. Öffentliche Warnungen als Handlungsform der Verwaltung ..	287
	2. Anordnung der Risikokommunikation, von Warnungen und Rückrufen .....	288
	D. Informationsrechte zur Kontrolle des Staates durch die Öffentlichkeit .....	289
II.	Der Informationszusammenhang von Gesellschaft und Markt und staatliche Informationstätigkeit und -eingriffe .....	290
	A. Warnung vor gefährlichen Produkten .....	291
	B. Schutz vor Fehlvorstellungen mit Gesundheitsbezug .....	291
	C. Informationen als Instrument der „Konsumentendemokratie“ .....	292
III.	Information als Wirksamkeitsvoraussetzung der Rechtsverfolgung .....	293
	A. Besondere Auskunftsansprüche, Beweislastregelungen und Ursachenvermutungen .....	294
	B. Anlassinformationen .....	294
IV.	Zusammenfassung .....	294
§21	Sicherheit und technische Entwicklung .....	295
I.	Technischer Wandel als Risiko und die staatliche Kontrolle ..	296
II.	Technikstandards als Mittel der staatlichen Risikoregulierung .....	296
III.	Sicherheit durch technische Innovation .....	297
	A. Ausrichtung der technischen Entwicklung an Rahmenbedingungen .....	298

B.	Beschränkte Innovationsanreize durch Standards und Haftung .....	298
C.	Innovationsanreize durch staatliche Förderung .....	299
D.	Die rechtliche Regelung des Vorgangs von Forschung und Entwicklung .....	299
IV.	Zusammenfassung .....	300
§ 22	Sicherheit durch Wiedergutmachung und Entschädigung .....	301
I.	Möglichkeiten und Grenzen des Haftungsrechts .....	301
A.	Probleme des Kausalitätsnachweises, insbesondere Summations- und Distanzschäden .....	302
1.	„Unechte Summationsschäden“, Verursachermehrheit und Marktanteilhaftung .....	302
2.	„Große“ Summations- und Distanzschäden .....	303
B.	Informationsasymmetrien .....	303
C.	Lasten und Kosten der Rechtsdurchsetzung .....	304
D.	Vorgaben der verwaltenden Risikokontrolle und gesetzliche Haftungsausschlüsse .....	304
II.	Erweiterung des Haftungsrechts im Hinblick auf Umweltschäden .....	305
A.	Wiederherstellung von Natur und Landschaft .....	305
B.	Schadensersatz nach § 22 WHG .....	306
C.	Die Entwicklung einer originären Umwelthaftung .....	307
1.	Völkerrechtliche Ansätze zu einer Umwelthaftung .....	307
a.	Haftung für Umweltschäden in besonderen völkerrechtlichen Haftungsregelungen .....	307
b.	Die Lugano-Konvention .....	310
2.	Der Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie über Umwelthaftung betreffend die Vermeidung von Umweltschäden und die Sanierung der Umwelt .....	311
a.	Schutzgüter und Haftungsschwellen .....	311
b.	Verpflichtete und die Primärpflicht der Schadensvermeidung und Sanierung .....	312
c.	Das „Haftungselement“: Kostenerstattung und ihre Ausnahmen .....	313
d.	Durchsetzung durch Betroffene und „qualifizierte Einrichtungen“ .....	314
e.	Das Konzept des Richtlinienvorschlags zwischen Umweltpolitik und dem zivilrechtlichen Haftungsmodell .....	314
D.	Zusammenfassung: Die relative Wirksamkeit des Haftungsrechts im Hinblick auf die Gewährleistung von Wiederherstellung und Entschädigung .....	315
III.	Wiederherstellung und Entschädigung außerhalb des Bereichs der Haftung .....	315
A.	Personenschäden und Versicherungen .....	315

B.	Ordnungsrechtliche Ermächtigungen für die Wiederherstellung .....	316
C.	Fondslösungen .....	317
IV.	Ausblick .....	317
§ 23	Zusammenfassung .....	318
2. Kapitel:	Prinzipien und Grundsätze .....	319
§ 24	Das Prinzip der Vorsorge .....	319
I.	Begriff und rechtliche Grundlagen .....	320
II.	Zwecke und Strukturen der Vorsorge aus der Sicht ihrer öffentlich-rechtlichen Prägung .....	322
A.	Die Risikovorsorge .....	322
B.	Die Ressourcenvorsorge .....	323
C.	Methoden und Maßnahmen der Vorsorge .....	324
D.	Entscheidungs- und Rechtsprobleme der verwaltungsrechtlich angeordneten Vorsorge .....	325
III.	Vorsorge als gesellschaftliche Aufgabe auf der Grundlage des Privatrechts? .....	326
IV.	Vorsorge zwischen Staat und Gesellschaft .....	326
V.	Zusammenfassung .....	328
§ 25	Rationalität .....	328
I.	Rationalitätserwartungen an die Wissenschaft .....	330
A.	Rationalität durch Strukturierung von Risikoerkenntnis in prozeduraler Hinsicht .....	330
B.	Die Problematik der Erkenntnis als Maßstab der Entscheidung über die Sicherheit .....	331
II.	Rationalitätserwartungen an das Recht .....	333
A.	Materielle Maßstäbe .....	333
1.	Der Schutz der körperlichen Unversehrtheit und der Gesundheit .....	333
a.	Bewertungsfragen des Gesundheitsschutzes in der Standardisierungspraxis .....	334
i.	Typisierungserfordernisse und der Schutz besonders empfindlicher Personengruppen .....	334
ii.	Standardsetzung bei Einwirkungen ohne Unbedenklichkeitsschwelle und Naturvergleich .....	335
iii.	Abschichtung des Arbeitsschutzes .....	336
iv.	Entlastung durch Vorgabe von statistischen Wahrscheinlichkeitsmaßstäben .....	336
v.	Entlastung durch Risiko-Risikovergleiche? .....	337
b.	Zusammenfassung .....	337
2.	Sachgüter .....	338
3.	Wertorientierungen im Hinblick auf die Umwelt .....	338

4. Vorgaben für die Nutzenseite von Risikobewertungen .....	339
5. Zusammenfassung: Nicht Wert- sondern Vergleichsmaßstäbe .....	340
B. Organisatorische und prozedurale Maßstäbe .....	341
1. Sachrichtiges Entscheidungsprogramm .....	341
a. Bewertungs- und Abwägungsregeln als Entscheidungsprogramm .....	341
b. Konditionale Ausrichtung der Kontrollerlaubnis .....	342
c. Standards als Ergänzung des Begründungszusammenhangs und Anforderung an die ebenengerechte Verteilung des Entscheidungsprogramms .....	342
2. Interessenberücksichtigung .....	343
III. Zusammenfassung .....	343
§26 Verantwortung .....	344
I. Die Verantwortung des einzelnen .....	346
A. Verantwortung und Freiheit .....	346
B. Wirtschaftliche Grundlagen .....	347
C. Eigen- oder Selbstverantwortung? .....	348
D. Verursacherprinzip .....	349
E. Folgerungen aus der Verantwortung des einzelnen .....	349
1. Folgenanlastung als Folgenverantwortung .....	349
2. Anlastung der Risikoerkenntnis und Regelung als Ausdruck einer Gegenstands- oder Zuständigkeitsverantwortung .....	349
3. Betreiberpflichten als Konkretisierung von Verantwortung auch gegenüber Dritten und der Allgemeinheit .....	350
II. Die Verantwortung des Staates .....	351
A. Grund und Maßstab der staatlichen Verantwortung .....	351
1. Die „Mitverantwortung“ als Ausgangspunkt einer Klärung ..	351
2. Steigerung der aus den Schutzpflichten folgenden Verantwortung .....	351
3. Die Ambivalenz der staatlichen Risikokontrolle .....	352
a. Verdrängung privater Abwehrrechte als Verantwortungs-entlastung Privater durch Ausschluss des Investitionsrisikos .....	352
b. Eingrenzung von Erkenntnispflichten und Entwicklungsanreizen durch Regelung .....	353
4. Die Berücksichtigung des eigenen Ermöglichungsbeitrages bei der Bemessung staatlicher Verantwortung .....	353
B. Begrenzte Folgenverantwortung .....	353
III. Gemeinsame Verantwortung zwischen Staat und Gesellschaft und Kooperationspflichten .....	354
IV. Verwaltungsverantwortung .....	355
V. Zusammenfassung .....	356

§27 Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstregulierung .....	356
I. Die Selbstbestimmung über Risiken .....	357
A. Fallgruppen .....	357
B. Der Begriff der Selbstbestimmung .....	358
C. Grundlagen der Selbstbestimmung im Verfassungsrecht ..	359
1. Der Anspruch auf Information als Voraussetzung der Selbst-	
bestimmung .....	359
2. Die Freiheit zum Bezug gefährlicher Produkte und ihre	
Durchsetzbarkeit .....	360
3. Selbstbestimmung und Mitbestimmung im Arbeitsschutz ...	360
D. Grenzen der Selbstbestimmung .....	361
1. Grenzen der eigenen Selbstbestimmungen: Suchtwirkungen ..	361
2. Gesellschaftsbezug – Mitverantwortung und Versichertenge-	
meinschaft .....	361
3. Keine Ausstrahlungswirkung der Selbstbestimmung auf An-	
bieter von risikoträchtigen Produkten .....	362
E. Zusammenfassung .....	362
II. Selbstkontrolle und Selbstregulierung in der Gesellschaft .....	362
A. Selbstkontrolle und Selbstregelung in Verfahren der admini-	
strativen Risikokontrolle .....	363
B. Organisationsformen der gesellschaftlichen oder staatsfer-	
nen Risikokontrolle – Staatliche Obliegenheiten .....	363
C. Zusammenfassung .....	364
§28 Der Grundsatz der Zeitlichkeit .....	364
I. Die Eigenzeitlichkeit von Zuständen, Interessen und Verfah-	
ren .....	365
A. Der Wandel tatsächlicher Umstände .....	365
B. Das Zeitprofil von Interessen .....	366
C. Die Eigenzeitlichkeit von Entscheidungen und Verfah-	
ren .....	366
II. Rechtliche Grundsätze zum Umgang mit Zeit .....	367
A. Aktuell wirksamer Schutz der Grundgüter und Vorsorge ..	367
B. Nachgenerationenschutz: zeitliche Erweiterung der Inter-	
essenperspektive .....	368
C. Die Rechtssicherheit in zeitlicher Perspektive .....	368
1. Vertrauens- und Bestandsschutz .....	369
2. Vorhersehbarkeit und Berechenbarkeit staatlichen Handelns ..	369
3. Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung .....	370
D. Mechanismen und Elemente der Zeitsteuerung .....	370
1. Die Periodisierung von Regelungen: nachträgliche Anord-	
nungen und Befristungen .....	371
2. Realisierung vor Abschluss des Zulassungsverfahrens .....	371
III. Zusammenfassung .....	372

3. Kapitel: Gewährleistung von Sicherheit durch Ordnung .....	373
§29 Ordnung als Ordnung von Interessen .....	373
I.  Interessensgewährleistung durch Güterzuordnung .....	374
A. Das Interesse an Sachen .....	374
B. Menschliche Gesundheit als Individualinteresse .....	375
C. Umweltinteressen als Zuordnungsproblem .....	375
1. Umwelt als Eigentum? – Umweltnutzung als Freiheit? .....	375
2. Individuelle oder staatliche Zuweisung kraft Verfassungsrecht? .....	376
a. Öffentlich-rechtliche Bewirtschaftungsregelungen als besondere Zuordnung an den Staat .....	377
b. Private Nutzungsrechte und Abgabenlösungen .....	378
D. Nutzen riskanter Vorhaben und Tätigkeiten .....	378
E. Zusammenfassung .....	378
II. Wahrnehmung von Interessen als Aufgabe .....	379
A. Interessenwahrnehmung durch die Verwaltung .....	380
1. Schutz der Gesundheitsinteressen zukünftiger Generationen .....	380
2. Nutzen riskanter Vorhaben und Tätigkeiten .....	381
B. Sicherung von Interessen durch Versicherungssysteme .....	381
1. Gesundheitsinteressen: die gesetzliche Unfallversicherung und die Krankenversicherung .....	381
2. Umwelt- bzw. Risikogenossenschaften .....	382
C. Öko-Audit: Wahrung von Umweltinteressen durch Unternehmen .....	383
III. Organisatorische und verfahrensmäßige Sicherung von Interessen .....	383
A. Unternehmensstruktur und Sicherheitsregelung: Das Beauftragtenwesen .....	383
B. Binnendifferenzierung staatlicher Verwaltung .....	384
C. Bündelung und kollektive Wahrnehmung von Interessen .....	385
IV. Zusammenfassung .....	386
§30 Regelung und Interessensausgleich .....	386
I. Die eigene Risikoregelung des Risikoverursachers auf der Grundlage von Rahmenbedingungen .....	387
A. Steuerbarkeit über Rahmenbedingungen .....	388
B. Doppelkontrolle durch Zertifizierung und Versicherung .....	388
II. Gesellschaftlicher Interessenausgleich durch Interaktion der Beteiligten .....	388
A. Interessenausgleich durch vorherige Verhandlung und Vereinbarung .....	388
B. Risikoregelung über den Markt und die Öffentlichkeit .....	389
III. Verwaltende Risikoregelung .....	390

A.	Gemeinwohlkonkretisierung, Interessensvermittlung und Akzeptanz .....	390
B.	Strukturen und Verfahren der verwaltenden Risikokontrolle .....	391
1.	Die Öffentlichkeitsbeteiligung im Anlagenrecht .....	391
a.	Informationsbeziehungen .....	392
b.	Diskurs und Verhandlung .....	392
c.	Bewertung und Kritik .....	393
i.	Sachaufklärung und Interessenberücksichtigung .....	393
ii.	Vermittlungsleistung .....	393
d.	Verbesserungsvorschläge: Verhandlung und Kontrolle .....	393
IV.	Standardsetzung .....	394
A.	Private Standards .....	395
B.	Staatliche Standards .....	395
C.	Die Einbeziehung privater Standardisierung in die verwaltende Risikokontrolle .....	396
1.	Verfassungsrechtliche Grenzen und Anforderungen .....	397
2.	Mandat und materielle Maßstäbe .....	397
3.	Verfahren, Interessenbeteiligung und Publizität .....	398
4.	Staatliche Rezeption als Auffangverantwortung .....	398
V.	Zusammenfassung .....	399
§ 31	Durchsetzung und Überprüfung .....	400
I.	Vollzug privatrechtlicher Vorgaben .....	400
II.	Vollzug im Arbeitsschutz .....	400
III.	Das Problem des Vollzugs im Anlagenrecht .....	401
A.	Das Vollzugsdefizit .....	401
B.	Durchsetzung durch Nachbarn und die Allgemeinheit .....	402
C.	Vorschläge zur Verbesserung des Vollzugs .....	403
1.	Ausweitung des Drittschutzes auf Vorsorgewerte .....	403
2.	Verbandsklage .....	404
a.	Das Beispiel der naturschutzrechtlichen Verbandsklage .....	404
b.	§ 41 UGB-KomE .....	405
3.	Wettbewerbsklage .....	406
D.	Zusammenfassung .....	406
4. Kapitel:	Das Zusammenwirken von Staat und Gesellschaft: Bestandsaufnahme und Probleme .....	408
§ 32	Gewährleistung von Sicherheit durch einen mehrfach gestuften und geteilten Ordnungszusammenhang zwischen Staat und Gesellschaft .....	408
I.	Der unmittelbare Umgang mit riskanten Tätigkeiten oder Zuständen als erster Regelkreis .....	408
II.	Der soziale Steuerungszusammenhang .....	409

A.	Staatliche und gesellschaftliche Elemente .....	409
B.	Schichtung konkreter und abstrakter Steuerung .....	410
C.	Soziale Steuerung in verschachtelten Regelkreisen als Risiko .....	410
III.	Ursprünge und Gründe der Teilung und Differenzierung .....	411
§ 33	Chancen und Gefahren einer Differenzierung und Teilung .....	412
I.	Sicherheitsfördernde Effekte der Doppelkontrolle und auf-fangenden Gewährleistung .....	413
II.	Sicherheitsgefährdende Folgen der Differenzierung .....	413
A.	Private Verantwortungsbeschränkung durch staatliche Regelung .....	413
B.	Enthaftungseffekte durch staatliche Ermöglichung .....	414
C.	Koordinationsaufwand und Anfälligkeit formalisierter In-formation- und Kommunikationsbeziehungen .....	415
D.	Verantwortungsparzellierung .....	415
III.	Vervollständigung gesellschaftlicher Aufgabenzusammenhän-ge und die verbleibende Verantwortung des Staates .....	416
A.	Stufen staatlicher Verantwortung und Möglichkeiten ei-nes weiteren Rückzugs des Staates .....	416
B.	Verbleibende Verantwortung des Staates in funktioneller Perspektive .....	417
1.	Verantwortung für die Funktion des Kontrollzusammen-hangs .....	417
2.	Ordnungsverantwortung .....	418
C.	Beobachtungs- und Forschungsverantwortung .....	418
§ 34	Legitimationsfragen des Zusammenwirkens zwischen Staat und Gesellschaft .....	419
I.	Öffentlichkeits- und Nachbarbeteiligung: Stärkung oder Gefährdung der Legitimation? .....	420
II.	Die sachverständige Beratung von Regierung und Verwal-tung .....	421
A.	Formale Wahrung des staatlichen Letztentscheidungs-rechts und faktischer Einfluss .....	422
B.	Keine Legitimation im Durchgriff auf die Beratungs-struktur .....	423
C.	Sachlich-inhaltliche Legitimation und Rationalität .....	424
D.	Staatliche Entscheidung im Kontext eines allgemeinen und öffentlichen Diskurses .....	424
III.	Zusammenfassung .....	427

§35	Verteilung von Lasten und Kosten .....	427
I.	Kontrolle von Risikoquellen, Risikoerkenntnis und laufende Überwachung .....	428
II.	Ressourcenvorsorge, ökonomische Instrumente und staatli- che Bewirtschaftung .....	429
III.	Umwelt- bzw. gemeinwohlgerechten Gestaltung von Wirt- schaftsvorgängen .....	429
§36	Zusammenfassung .....	430
5. Kapitel:	Der Beitrag des Parlaments zur Gewährleistung von Sicherheit .....	431
§37	Verantwortung und Aufgaben des Parlaments bei der Gewähr- leistung von Sicherheit .....	431
I.	Die Verantwortung des Parlaments für Schutzpflichten und Staatsaufgaben .....	432
A.	Konkretisierung durch das Bundesverfassungsgericht ....	432
B.	Die Pflichtenstellung des Parlaments im Lichte der Funktionen und Grundsätze der Sicherheitsgewähr- leistung .....	432
II.	Funktionen des Parlaments .....	433
A.	Gesetzgebung .....	433
B.	Regelungsbedarf, Regelungsdichte und die Kompetenz der Verwaltung .....	433
C.	Der Legitimationsbedarf .....	434
D.	Die Prüfungs- und Aktualisierungspflicht des Gesetz- gebers .....	436
III.	Kontrolle der Regierung .....	436
IV.	Öffentlichkeitsfunktion .....	437
§38	Funktionen und Arbeitsformen des Parlaments .....	437
I.	Besondere Berichtspflichten der Bundesregierung .....	438
A.	Zusammenfassung .....	439
II.	Institutionelle Formen der parlamentarischen Arbeit .....	439
A.	Enquete-Kommissionen .....	439
1.	Funktionen von Enquete-Kommissionen .....	440
a.	Gesetzgebung und Kontrolle der Regierung .....	440
b.	Besondere Funktionen .....	442
i.	Rezeption und Verwertung wissenschaftlicher Er- kenntnisse .....	442
ii.	Öffentlichkeitsfunktion .....	442
2.	Zusammenfassung .....	443
B.	Einzelne Kommissionen .....	444

1. Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ . . . . .	444
2. Enquete-Kommission: „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ . . . . .	445
C. Zusammenfassende Bewertung der Leistung von Enquete-Kommissionen bei der Gewährleistung der Sicherheit . . . . .	446
III. Die Technikfolgenabschätzung . . . . .	447
A. Enquete-Kommission „Technologiefolgenabschätzung und Bewertung; Rahmenbedingungen für die technische Entwicklung“ . . . . .	448
B. Einsetzung des TAB . . . . .	452
IV. Die Umweltverträglichkeitsprüfung von Gesetzesentwürfen . . . . .	453
V. Die Gesetzesfolgenabschätzung . . . . .	454
§39 Instrumente der Gesetzgebung unter Unsicherheit . . . . .	455
I. Experimentier- und Versuchsgesetze . . . . .	457
II. Befristete Gesetze . . . . .	458
III. Moratoriumsgesetze . . . . .	458
§40 Zusammenfassung . . . . .	459
Zusammenfassung in Thesen . . . . .	461
Einzelne Regelungsbereiche . . . . .	461
Anlagenrecht . . . . .	463
Produktrecht . . . . .	464
Sicherheit als Aufgabe von Staat und Gesellschaft . . . . .	465
Funktionen . . . . .	465
Prinzipien . . . . .	467
Rechtliche Ordnung . . . . .	470
Das Parlament . . . . .	473
Ausblick . . . . .	474
Literaturverzeichnis . . . . .	477